

Rathaus - Korrespondenz

HERAUSGEGEBEN VOM MAGISTRAT DER STADT WIEN. MAGISTRATSDIREKTION - PRESSESTELLE

1, RATHAUS, 1. STOCK, TÜR 309b, 1082 WIEN - TELEPHON: 42 801, KLAPPEN 2232, 2233, 2236

FÜR DEN INHALT VERANTWORTLICH: WILHELM ADAMETZ

Postleitzahl 1082

Freitag, 23. September 1966

Blatt 2726

Geehrte Redaktion!

=====

Im Rahmen einer Pressekonferenz im Presseclub Concordia sprechen am kommenden Montag, dem 26. September, um 14 Uhr, Kulturstadtrat Gertrude Sandner und der Direktor des Theaters an der Wien, Rolf Kutschera, über die abgelaufene Spielzeit und das

Programm des Theaters an der Wien für die Saison 1966/67.

+

Vizebürgermeister Dr. Heinrich Drimmel lädt für Donnerstag, den 29. September, um 11 Uhr, zu einer Pressekonferenz ins Rathaus, 1. Stock, Stadtsenatssaal (Zugang Feststiege I) ein. Themen dieses Pressegespräches sind das ab 1. Oktober in Kraft tretende ganztägige Hupverbot und andere aktuelle Verkehrsprobleme.

Die Leiter der zuständigen Magistratsabteilungen und Verkehrsfachleute der Bundespolizeidirektion Wien werden Ihnen zu Auskünften zur Verfügung stehen.

+

Sie werden herzlich eingeladen, zu diesen beiden Pressekonferenzen Berichterstatter und Fotoreporter zu entsenden.

Bessere Trinkwasserversorgung des Lobauer Hafens
=====

23. September (RK) Es klingt fast so, als wollte man Wasser in die Donau schütten: Die Wasserversorgung des Hafens Lobau wird weiter verbessert. Nun, es handelt sich dabei um die Trinkwasserversorgung des Hafens, die bereits in den vergangenen zwei Jahren durch die Errichtung einer neuen Versorgungsleitung entlang des Hafenbeckens ausgebaut wurde. Dabei war bereits die Verlängerung dieser Leitung bis zur Tankerreinigungsanlage vorgesehen, die gegenwärtig im Hafengebiet entsteht.

Da die Bauarbeiten an dieser Anlage bereits vor dem Abschluß stehen, kann nunmehr die Verlängerung der Wasserleitung in Angriff genommen werden. Damit wird nicht nur die Reinigungsanlage selbst mit Trinkwasser versorgt werden, sondern auch die zur Reinigung angelegten Schiffe werden Trinkwasser "tanken" können. Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte gestern die Kosten für die Bauarbeiten in Höhe von 300.000 Schilling. Um einen Bundesbeitrag zu diesen Kosten wurde bereits bei der Obersten Schifffahrtsbehörde angesucht.

- - -

Rundfahrten "Neues Wien"
=====

23. September (RK). Montag, den 26. September, Route 1 mit Neubau des Allgemeinen Krankenhauses, Internationalem Studentenheim, Volksheim und Volksschule in der Krim, Ausflugsrestaurant Bellevue, Neubauten des Wilhelminenspitals, Assanierung Alt-Ottakring sowie anderen städtischen Anlagen und Einrichtungen.

Abfahrt vom Rathaus, 1, Lichtenfelsgasse 2, um 13.30 Uhr.

- - -

Starker Besuch in den geheizten Sommerbädern
 =====

Ottakringer Bad und Laaer Berg-Bad bleiben weiterhin geöffnet

23. September (RK) Die geheizten Badebecken des Ottakringer Bades und des Laaer Berg-Bades sind auch jetzt noch starke Anziehungspunkte für viele Wiener. Aus diesem Grund wird der Betrieb in beiden Bädern bis auf weiteres aufrechterhalten. Vor allem für das kommende Wochenende rechnet man wieder mit zahlreichen Badegästen.

- - -

Die nächsten Termine der Schutzimpfung gegen Tetanus!
 =====

23. September (RK) Montag, den 26. und Dienstag, den 27. September, jeweils von 9 bis 14 Uhr werden an folgenden Stellen Schutzimpfungen gegen Tetanus vorgenommen:

9. Bezirk, Währinger Straße 43/1; 11. Bezirk, Enkplatz 2/1;
 19. Bezirk, Gatterburggasse 14/P; 23. Bezirk, Liesing,
 Perchtoldsdorfer Straße 2/P (Eingang Lehmannngasse 1).

- - -

Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen in der kommenden Woche
 =====

23. September (RK) In der kommenden Woche finden folgende Sitzungen von Wiener Bezirksvertretungen statt:

Dienstag, 27. September:

18.30 Uhr, Hietzing, Hietzinger Kai 1/2;

Mittwoch, 28. September:

17.00 Uhr, Hernals, Elterleinplatz 14/1,

18.15 Uhr, Innere Stadt, Lipplingerstraße 8, Festsaal;

Donnerstag, 28. September:

17.00 Uhr, Fünfhaus, Gasgasse 8-10,

17.00 Uhr, Landstraße, Karl Borromäus-Platz 3/1.

- - -

Sitzung der Spitäler-Rationalisierungskommission vertagt
=====

23. September (RK) Heute früh fand im Wiener Rathaus unter dem Vorsitz von Gemeinderat Dozent Dr. Alfred Gisel die zweite Arbeitssitzung der Rationalisierungskommission für die Wiener städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten statt. Die Kommission kam, noch ehe in die Tagesordnung eingegangen wurde, zu dem Entschluß, die Sitzung auf einen neuen Termin im Oktober zu vertagen, da sowohl Personalstadtrat Hans Bock als auch Gesundheitsstadtrat Dr. Otto Glück, die sich beide nicht in Wien befinden, an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen konnten. Obwohl in Vertretung von Stadtrat Bock Stadtrat Rudolf Sigmund erschienen war, kamen die Kommissionsmitglieder zur Auffassung, daß die Beratungen über die bisher der Spitalskommission zugegangenen Vorschläge zur Rationalisierung und Koordination in den städtischen Kranken- und Wohlfahrtsanstalten in Anwesenheit der Amtsführenden Stadträte für das Personalwesen und für das Gesundheitswesen durchgeführt werden sollten.

- - -

Weiteres Stück des Liesingbaches wird "überdacht"

=====

Lösung der Verkehrsprobleme im "Liesinger Zentrum"

23. September (RK) In den Jahren 1961 bis 1963 wurde bekanntlich der Liesingbach zwischen Südbahnbrücke und Liesinger Rathaus "unter Dach" gebracht, also eingedeckt. Dieser erste Bauabschnitt, der eine Länge von 135 Meter aufweist, war die Voraussetzung für die Errichtung des neuen Autobusbahnhofes auf dem erweiterten Schillerplatz in Liesing.

Nunmehr soll mit dem zweiten Bauabschnitt, der an den ersten anschließt, begonnen werden: der Liesingbach soll weiter zugedeckt werden, und zwar bis zum ersten, bachaufwärtsliegenden Fußgängersteg, etwa bis zum Haus Lehmannngasse 11. Gleichzeitig wird auch dieser Steg abgetragen und durch einen Gehweg über der Eindeckung ersetzt werden. Die neue "Überdachung" wird etwa 215 Meter lang sein.

Nach der Fertigstellung der Arbeiten in diesem zweiten Bauabschnitt wird man mit der geplanten Lösung der Verkehrsprobleme im westlichen Bereich des neuen "Liesinger Zentrums" beginnen können. In den nächsten Jahren soll ja dieses Zentrum im Ortskern von Liesing zwischen der Südbahn und dem Liesinger Rathaus weiter ausgebaut werden. Der Entwurf der Stadtplanung sieht neben der Errichtung mehrerer öffentlicher Bauten auch eine großzügige Lösung der hier herrschenden Verkehrsprobleme vor. Dabei ist in erster Linie an eine Verlegung der Breitenfurter Straße zwischen Rathausbrücke und der Einfahrt zur Liesinger Brauerei gedacht. Hier will man die Breitenfurter Straße in zwei Richtungsfahrbahnen teilen, wobei die Trasse der stadteinwärtsfahrenden Fahrbahn auf dem eingedeckten Liesingbach verlaufen soll.

Der Bauausschuß des Wiener Gemeinderates genehmigte jetzt die Regulierungsarbeiten und die Eindeckung des Liesingbaches im zweiten Bauabschnitt sowie die Kosten in Höhe von 16 Millionen Schilling. Als Baurate für 1966 sind 1,5 Millionen Schilling vorgesehen.

Umleitung der Autobuslinie 61
=====

23. September (RK) Wegen Straßenbauarbeiten wird die Ruttenstockgasse im 12. Bezirk ab Dienstag, den 27. September, 9 Uhr, für den gesamten Fahrzeugverkehr gesperrt. Aus diesem Grund fahren ab dem gleichen Zeitpunkt bis auf weiteres die Autobusse der Linie 61 stadtauswärts nicht wie bisher über Kundratstraße-Unter-Meidlinger Straße-Moosbruggergasse zur Endstelle Ruttenstockgasse, sondern über Kerschensteiner-gasse-Kundratstraße über Köglergasse-Unter Meidlinger Straße bis zur westlich liegenden Rampe des Meidlinger Unfallkrankenhauses.

- - -

Preisgünstige Gemüse- und Obstsorten
=====

23. September (RK) Das Marktamt der Stadt Wien teilt mit: Heute waren auf den Wiener Märkten folgende Gemüse- und Obstsorten besonders preisgünstig:

Gemüse: Weißkraut 2 bis 3 S, Tomaten 6 bis 7 S je Kilogramm, Paprika 0.60 bis 1 S je Stück.

Obst: Birnen 6 bis 8 S, Weintrauben 6 bis 8 S, Zwetschken 4 bis 6 S je Kilogramm.

- - -

Aus alt mach neu

=====

Stadtrat Maria Jacobi besichtigt renoviertes Kindertagesheim

23. September (RK) "Erbaut von der Gemeinde Wien unter Bürgermeister Karl Lueger" steht in etwas altmodischen Buchstaben auf der Fassade des Kindergartens 19, Obkirchergasse 8. Der von der Sachlage geforderte Zusatz "Renoviert unter Bürgermeister Marek" steht zwar nicht dabei, aber die großen modernen Fenster, die der nicht sonderlich gelungenen Jugendstil-Fassade gar nicht übel stehen, deuten schon darauf hin, daß sich hinter der alten Mauer allerlei Neues getan hat. Nach fast zweijähriger Bauzeit konnte den Eltern von 200 Döblinger Kindern ein völlig neugestellter, hochmoderner Kindergarten präsentiert werden.

Stadtrat Maria Jacobi besichtigte heute vormittag das Haus. Bezirksvorsteher Weber konnte bei dieser Gelegenheit auch Nationalratsabgeordneten Weisz, Mitglieder des gemeinderätlichen Wohlfahrtsausschusses und zahlreiche Eltern und Großeltern begrüßen. Ein besonders origineller Gast war ein etwa 70jähriger Döblinger, der sich den Kindergarten ansehen wollte, den er einst selbst besucht hat. Er hat nicht wenig gestaunt über die Veränderungen, die in dem Haus vorgegangen sind.

Stadtrat Maria Jacobi berichtete, daß durch die Generalinstandsetzung, die 3,7 Millionen Schilling gekostet hat, ganz neue Räume für eine Kleinkinderkrippe, eine Krabbelstube, drei Kindergarten-gruppen und zwei Hortgruppen mit zusammen rund 200 Kindern geschaffen werden konnten. Außerdem erhielt das Haus eine zentrale Heizung und Warmwasserbereitung. Alle Fenster, Türen und Installationen wurden erneuert, die Fußböden erhielten einen zweckmäßigen und anheimelnden Belag. Die Räume wurden neu gegliedert und mit Akustikdecken versehen. Die Zimmer für die Hortgruppen konnten durch Auflassung der Hauswartwohnung vergrößert werden. Im Garten wurde eine gedeckte Spielterrasse neu errichtet und die Rasen- und Spielflächen vergrößert.

Bezirksvorsteher Weber sprach den Döblinger Eltern sicher aus dem Herzen, als er Stadtrat Jacobi den Dank dafür aussprach, daß die Renovierung dieses alten Kindertagesheimes so großzügig durchgeführt wurde.

Wiener "Schulwegpolizisten" wurden geehrt
=====

23. September (RK) Stadtschulratspräsident Dr. Max Neugebauer empfing gestern und heute und am Freitag insgesamt 200 Wienerinnen und Wiener, die sich im vergangenen Schuljahr als Schulwegpolizisten zur Verfügung stellten. Die Einrichtung der Schulwegpolizei ist in Wien noch verhältnismäßig jung, hat sich aber schon bestens bewährt. Mütter und Väter, manchmal auch Großmütter und Großväter, sichern Kreuzungen vor Wiener Volksschulen, die nicht durch Ampeln oder Wachbeamte besonders geregelt werden können. Einige von ihnen haben in abgelaufenen Schuljahr mehr als 150 Stunden auf den Straßen Wiens Dienst gemacht.

Präsident Dr. Neugebauer dankte den Schulwegpolizisten für ihren wertvollen Einsatz bei der Sicherung des Lebens und der Gesundheit unserer Kinder und überreichte jedem von ihnen ein Dankschreiben. Die Eltern waren über diese Ehrung sehr erfreut. Als Vertreter der Elternschaft betonte Hubert Reiss aus Hietzing, "daß es wohl die vornehmste Pflicht sei, das Leben und die Gesundheit unserer Kinder nach besten Kräften zu schützen und daß somit der Dienst der Schulwegsicherung eine Selbstverständlichkeit geworden ist."

- - -

"Kostendeckender 2.60 Schilling Tram-Fahrschein" ist Zeitungsente
=====

Stellungnahme der Generaldirektion der Wiener Stadtwerke

23. September (RK) Zu dem heute im Kurier erschienenen Artikel "Rechnungshof weist nach: Tram-Fahrschein müßte nur 2.60 Schilling kosten" nimmt die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke wie folgt Stellung:

Der Rechnungshof hat Ende 1965 bei den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe Einschau genommen, der Bericht über diese Einschau ist aber bisher weder den Wiener Stadtwerken noch sonstigen Stellen der Stadt Wien übermittelt worden. Da der Wiener Stadtverwaltung der Inhalt des zu erwartenden Berichtes nicht bekannt ist, können die Generaldirektion der Wiener Stadtwerke und die Direktion der Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe zu den angeführten Pressemitteilungen nur Vermutungen anstellen und zu ihnen auch nur auf Grund ihres Wortlautes Stellung nehmen:

Wenn in der Pressemeldung von einem "kostendeckenden 2.60 Schilling-Fahrschein" die Rede ist, so kann, nachdem es Kurz- und Mittelstreckenfahrtscheine nicht mehr geben soll und jeder Straßenbahnbenutzer, gleich wie weit er fährt, denselben Preis zu zahlen hätte, nur vermutet werden, daß dabei an einen Einheitsfahrtschein für alle Benutzer der Betriebsmittel der Verkehrsbetriebe (Straßenbahn, Stadtbahn, Autobus) und der Österreichischen Bundesbahnen (Schnellbahn) unabhängig von der zurückgelegten Strecke gedacht ist. Dann müßten aber alle sozialen Begünstigungen für Kinder, Lehrlinge, Studenten, Arbeitslose, debile Kinder, Blinde, Wochenkartenbenutzer und dergleichen abgeschafft werden. Dies würde also bedeuten, daß alle derzeitigen Fahrtscheine beseitigt und nur mehr ein Einheitsfahrtschein zu 2.60 Schilling für sämtliche Fahrgäste bestehen würde.

Nun kann nicht angenommen werden, daß der Rechnungshof tatsächlich eine solche Vorgangsweise anregt, weshalb vermutet werden muß, daß der Rechnungshof an eine Steigerung des Durchschnittsertrages pro Fahrgast aus sämtlichen Fahrtschein-Kategorien von derzeit 1.86 Schilling auf 2.60 Schilling im Auge hat.

Zu einem solchen Durchschnittsertrag kann vorerst aber gar nicht Stellung genommen werden, da vor allem nicht bekannt ist, von welchen Frequenzzahlen bei den einzelnen Fahrschein-Kategorien dabei ausgegangen wurde.

Eine Steigerung des Durchschnittsertrages pro Fahrgast, der bei den gegenwärtig geltenden 3-Schilling-Tagesfahrscheinen, wie gesagt bei 1.86 Schilling liegt, auf 2.60 Schilling, würde etwa jener Tariferhöhung (Fahrschein im Vorverkauf 4 Schilling, beim Schaffner 5 Schilling) entsprechen, wie sie die Stadtwerke vorgesehen haben.

Wenn als weitere Voraussetzung zur Erzielung eines kostendeckenden Fahrpreises von 2.60 Schilling die Abschaffung der "Straßenverkehrsabgabe" angesehen wird, so muß festgestellt werden, daß es eine solche nicht gibt. Wenn damit aber die Gebrauchsgebühr (früher Wegebenützungsentgelt) gemeint sein sollte, so ist darauf zu verweisen, daß diese seit 1957 von der Gemeinde Wien nicht mehr eingehoben wird. Sollte aber unter einer "Straßenverkehrsabgabe" die von den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetriebe zu leistende Beförderungssteuer gemeint sein, so ist darauf zu verweisen, daß es sich bei dieser um eine ausschließliche Bundesabgabe handelt und die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe seit Jahren vergeblich bemüht sind, eine Befreiung durch das Bundesministerium für Finanzen zu erlangen.

Zu der weiteren Behauptung, daß der Rechnungshof die Abschaffung der sogenannten "Luftsteuer" für die Oberleitungsdrähte verlange, muß bemerkt werden, daß eine solche Steuer nicht existiert.

Vollends unklar an dem Kurier-Artikel ist, daß zuerst von einem kostendeckenden "Tramfahrschein von 2.60 Schilling" gesprochen wird, und später jedoch die direkte Begleichung des Defizits der Verkehrsbetriebe durch die Gemeinde Wien als notwendig erachtet wird. In diesem Zusammenhang sei erwähnt, daß die Gemeinde Wien den Wiener Stadtwerken-Verkehrsbetrieben seit dem Jahre 1961 rund 720 Millionen Schilling an Barmitteln zugewendet hat.

./.

Oberster Rechnungshof dementiert

Der Oberste Rechnungshof selbst hat sich zu der Angelegenheit auf dem Wege über die Austria-Presse-Agentur folgendermaßen geäußert:

"Zu der in einigen Tageszeitungen veröffentlichten Meldung, der Rechnungshof halte bei den Wiener Verkehrsbetrieben einen Einheitspreis von 2.60 Schilling unter bestimmten Voraussetzungen für kostendeckend, nimmt der Rechnungshof wie folgt Stellung:

Im Zuge seiner Einschau in die Gebarung der Gemeinde Wien wurden auch die Wiener Stadtwerke-Verkehrsbetriebe überprüft. Derzeit liegt aber erst ein interner Entwurf der Prüfungsmitteilung vor, der in der nächsten Zeit den zuständigen Stellen der Gemeinde Wien zur Äußerung zugeleitet werden wird. Der Rechnungshof ist daher zur Zeit noch nicht in der Lage, Angaben über seine Erhebungen zu machen, möchte aber darauf ausdrücklich hinweisen, daß die in den erwähnten Zeitungsmeldungen gemachten Feststellungen nicht vom Rechnungshof stammen. Insbesondere trifft dies auf die Behauptung zu, der Rechnungshof habe eine Senkung des derzeitigen Preises eines Einzelfahrscheines empfohlen."

- - -

Empfang für IAE0-Generalkonferenz im Rathaus
=====

23. September (RK) Zu Ehren der Teilnehmer an der 10. General-
konferenz der Internationalen Atomenergie-Organisation, die
gegenwärtig in Wien tagt, gab Bürgermeister Bruno Marek heute
abend einen Empfang im Festsaal des Wiener Rathauses. Von seiten
der Wiener Stadtverwaltung waren mit dem Bürgermeister
Erster Landtagspräsident Dr. Wilhelm Stemmer, Vizebürgermeister
Dr. Heinrich Drimmel, die Stadträte Maria Jacobi, Kurt Heller,
Hubert Pfoch, Dr. Pius Prutscher, Dr. Maria Schaumayer und
Rudolf Sigmund erschienen.

Bürgermeister Marek konnte 900 Delegierte aus 96 Mitglied-
staaten begrüßen. In seiner Ansprache führte er aus:

"Es ist mir als Bürgermeister der Stadt Wien eine hohe Ehre,
Sie im eigenen Namen und im Namen unserer Bevölkerung herzlich
willkommen zu heißen. Unsere Stadt ist stolz darauf, die Inter-
nationale Atombehörde, eine der wichtigsten, vorbildlichsten und
produktivsten Organisationen der Völker dieser Erde seit nunmehr
schon fast zehn Jahren in ihren Mauern beherbergen zu dürfen.
Wir freuen uns mit Ihnen, den Delegierten aus rund hundert
Ländern, daß auch diese zehnte Jahrestagung von dem Geist ein-
trächtiger Zusammenarbeit erfüllt ist und uns in der Hoffnung
bestärkt, daß eine der schwerwiegendsten Existenzfragen der
Menschheit - die friedliche Nutzung der Atomenergie - einer
für alle Nationen segensreichen Lösung zugeführt werden kann.

Verzeihen Sie es dem Kommunalpolitiker, der weder Staatsmann
noch Diplomat ist, wenn er sich zum einfachen Dolmetsch der Ge-
fühle seiner Mitbürger macht und Ihnen sagt, daß unser Schick-
sal und das der künftigen Generationen in Ihren Händen liegt.
Daß es von Ihrer Arbeit, Ihrer Ausdauer, Geduld und Zähigkeit
abhängen wird, ob sich die Völker in ihrer überwältigenden Mehr-
heit endgültig dem Frieden, der Toleranz, der gegenseitigen
Achtung und Verständigung zuwenden.

Je größer, je überwältigender die Möglichkeiten sein werden, die Sie durch die Nutzung der Atomenergie in allen Bereichen produktiven Lebens eröffnen, desto eher werden die Nationen darauf verzichten, ihre Probleme mit Gewalt zu lösen.

Die einfachen Menschen dieser Stadt, dieses Landes, ja der ganzen Welt, wünschen sich nichts anderes, als die in ihnen schlummernden Begabungen und Fähigkeiten ungehindert entfalten und zum gemeinsamen Wohl aller verwerten zu können. Möge die Anwendung der Radioisotope und der Strahlenquellen, vor allem in Industrie, Landwirtschaft und nicht zuletzt in der Medizin, den Weg zu dieser Entwicklung ebnen und dazu führen, daß die Geschichtsschreiber künftiger Jahrhunderte das Atomzeitalter vielleicht einmal als das goldene bezeichnen können.

Ihnen persönlich, meine Damen und Herren, wünsche ich zum Schluß einen angenehmen Aufenthalt in Wien, Entspannung und Erholung nach Ihrer verantwortungsvollen Tätigkeit. Mögen Sie oft und gern in unsere Stadt wiederkehren und möge die Internationale Atombehörde nicht die letzte internationale Organisation sein, die ihren Sitz in Wien aufschlägt!"

Der Generaldirektor der IAE0, Prof. Dr. Eklund sagte in seiner Dankadresse, nicht nur die Stadt Wien freue sich darüber, Sitz der wichtigen internationalen Organisation zu sein, auch das Sekretariat ist sehr glücklich, in dieser schönen und liebenswerten Stadt arbeiten zu können. Das hat mancherlei Gründe: Nicht nur die bekannte Gastfreundschaft der Österreicher, sondern auch das große Verständnis, das alle österreichischen Behörden der Arbeit der IAE0 entgegenbringen und die vorbildliche Zusammenarbeit mit allen anderen Stellen. Dr. Eklund schloß seine Ausführungen mit dem Dank an die Stadt Wien für all das, was sie in den letzten zehn Jahren für die Internationale Atomenergie-Organisation getan hat.

- - -